

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Ideen und Anregungen zum Thema «Wohnen» in Liechtenstein gefragt

Heute abend in der Aula des Liechtensteinischen Gymnasiums: FBP-Tagung zum Thema «Wohnen heute und morgen»

In Liechtenstein dürfte es schlicht niemanden geben, der sich nicht in irgendeiner Weise mit dem Thema Wohnen konfrontiert fühlen sollte. Den einen geht's gut dabei, andere wiederum haben mit Wohnungssuche die grössten Probleme, wobei die Beschaffung von den eigenen vier Wänden leider für allzuvielen ein Wunschtraum bleibt. Sowohl für Besitzende als auch für Nichtbesitzende gibt dieses Thema in letzter Zeit vermehrt Anlass zu Diskussionen.

Ebenfalls Gelegenheit zur Diskussion bietet sich heute abend in der Aula des Liechtensteinischen Gymnasiums an der FBP-Tagung zum Thema «Wohnen heute und morgen». Dort soll anhand von der FBP-Kommission Wirtschaft/Eigentum erarbeiteten Grundlagen, verbunden mit drei Kurzreferaten zu den verschiedenen Bereichen dieses Themas, auf breiter Basis diskutiert werden, wobei die Veranstalter hoffen, dass in dieser Diskussion Ideen und Anregungen zur effektiven Lösung dieses in unserem Land echten Problems hervorgebracht werden.

Wertvolle Basisarbeit

Im Vorfeld dieser Veranstaltung leistete die interne FBP-Kommission Wirtschaft/Eigentum wertvolle Basisarbeit, die dadurch erschwert wurde, dass von öffentlicher Seite keinerlei Erhebungen etwa über die Anzahl leerstehender Wohnungen oder über die Preisentwicklung vorhanden sind. Die Thematik «Wohnen heute und morgen» wurde aber in jenem Masse erarbeitet, dass heute abend doch wertvolle und vor allem wahre Aussagen gemacht werden können bezüglich dieser Entwicklung. Dies wird anhand von



Das Thema Wohnen hat bei uns in den letzten Jahren einige Brisanz gewonnen. Gelegenheit, sich an einer öffentlichen Diskussion dazu zu beteiligen bietet sich heute abend um 19 Uhr in der Aula des Liechtensteinischen Gymnasiums an der Tagung «Wohnen heute und morgen».

Beispielen klar veranschaulicht. Drei Kurzreferate

Beispielen klar veranschaulicht.

Drei Kurzreferate

Eingangs der Tagung sind drei Kurzreferate zu hören. Sie alle drehen sich in gewissem Sinne um das Thema Wohnen. Dies reicht von unserer uns eigentlichen eigen sein sollenden Verantwortung zu unserem nicht vermehr-

baren knappen Boden (Dr. Ernst Walch) über die verschiedenen Möglichkeiten des Wohnens (Bau-Kauf-Miete: Referat Martin Jehle) bis hin zum eigentlichen Wohnungsmarkt, den es verschiedenen Beobachtungen zufolge gar nicht geben soll. Über diesen Wohnungsmarkt spricht mit Immobilien-treuhänder Wolfgang Risch ein ausgewiesener Fachmann, dessen Ausführungen heute abend bei den Besucher/innen der Tagung sicherlich auf grosses Interesse stossen werden. Nach den Kurzvorträgen stehen neben den drei vorgenannten Referenten Mit Ing. Edwin Ospelt, Planer, Siegbert Kranz und Dr. Jochen Hadermann drei weitere Fachleute zur Einbindung in die Diskussion zur Verfügung. Während Edwin Ospelt und Siegbert Kranz zu Fragen der Planung sowie zu baurechtlichen Fragen Stellung beziehen, steht mit Dr. Jochen Hadermann ein Spezialist für bank- und volkswirtschaftliche Fragen zur Verfügung. Sie alle hoffen auf eine möglichst breite Beteiligung seitens der Öffentlichkeit, denn nur unter Einbezug sämtlicher Kräfte werden wir längerfristig zu vernünftigen Lösungen in diesem komplexen Thema kommen.

Also: Heute abend um 19 Uhr in der Aula des Liechtensteinischen Gymnasiums!

Landtagssitzung im Überblick

Der Landtag hat gestern seine Beratungen fortgesetzt und bis zum Abend nachstehende Geschäfte behandelt, auf die wir in den kommenden Ausgaben noch ausführlicher eingehen werden:

Gesetz über das Salzmonopol

Die Regierungsvorlage zur Schaffung eines Gesetzes über das Salzmonopol stiess in der Eintretensdebatte auf breite Zustimmung. Mit dem Gesetzesvorschlag soll eine Liberalisierung des Salzhandels erfolgen.

Eingriffe in die Fortpflanzung

Ausführlich diskutiert wurde der Zwischenbericht der Regierung zur Schaffung eines Gesetzes über Eingriffe in die Fortpflanzung beim Menschen. Während die Regierung die Entwicklung im Europarat und in umliegenden Ländern abwarten möchte, sprach sich der Landtag für eine baldige Gesetzesvorlage aus.

Fürstliche Gruft: Erweiterung

An die Kosten für die Erweiterung der Fürstlichen Gruft in Vaduz bewilligte der Landtag einstimmig einen Landesbeitrag von 600 000 Franken.

Bau eines Blockheizkraftwerks

Für die energetische Sanierung des Hallenbades und den Einbau eines Blockheizkraftwerks im Schulzentrum Unterland wurde der beantragte Verpflichtungskredit von 1,175 Mio. Franken einhellig bewilligt.

Stellen für die Aussenpolitik

Einstimmig gutgeheissen wurde weiters die von der Regierung beantragte Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen im aussenpolitischen Bereich (diplomatische Mitarbeiter/innen).

Nachtragskredite bewilligt

Der erste Nachtrag zum Vorschlag 1990, der zehn verschiedene Positionen mit einem zusätzlichen Kreditvolumen von 2,454 Mio. Franken umfasst, wurde vom Landtag gestern nachmittag gebilligt.

Jahresberichte und Rechnungen

Die Abgeordneten hatten gestern auch diverse Jahresberichte zur Kenntnis zu nehmen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand dabei der Rechenschaftsbericht der Regierung, welcher einhellig genehmigt wurde, mit der Landesrechnung 1989. Ferner lagen auch der Jahresbericht 1989 der AHV-IV-FAK-Anstalten sowie die Geschäftsberichte und Jahresrechnungen der Liechtensteinischen Kraftwerke und der Gasversorgung sowie der Jahresbericht der Liechtensteinischen Landesbank zur Genehmigung vor. Die von der AHV erfassten Einkommen haben 1989 erstmals die Ein-Milliarden-Franken-Grenze überschritten.

Für oder gegen die Couponsteuer? Mehr Steuerrabatt für Arbeitnehmer

Widersprüchliche Haltung der VU-Fraktion beim Steuergesetz

(G.M.) - Bei der Beratung des neuen Steuergesetzes, das am Mittwoch abend einstimmig vom Landtag verabschiedet und an die Volksabstimmung weitergegeben wurde, zeigte die VU-Fraktion wieder einmal ein Beispiel doppelbödiger Politik. Mit ihrer Stimmenmehrheit lehnte sie den Vorschlag der FBP-Fraktion auf Abschaffung der Couponsteuer ab, reichte im Landtag jedoch gleichzeitig eine Motion ein, mit der die Regierung nach dem Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes aufgefordert wird, einen Vorschlag zur Abschaffung der Couponsteuer vorzulegen.

Die Couponsteuer war im Rahmen der Beratungen der parlamentarischen Kommission einer jener Schwerpunkte, die Anlass zu Auseinandersetzungen boten. Im Kommissionsbericht, der an den Landtag zur Detailberatung ging, kam deutlich zum Ausdruck, dass zwischen der VU-Mehrheit und der FBP-Kommissionsminderheit unterschiedliche Auffassungen über die Zukunft der Couponsteuer bestanden. Die Kommissionsminderheit, bestehend aus dem FBP-Abgeordneten Dr. Ernst Walch und Otmar Hasler, vertrat in einem Minderheitsantrag die Ansicht, die Couponsteuer sei gänzlich abzuschaffen, da sie als indirekte Abgabe nicht mehr in das neue Besteuerungssystem passe. Ausserdem führe die Sonderbehandlung für Dividendeneinkünfte zur Ungleichbehandlung von Vermögenserträgen und zu einer Mehrbelastung gegenüber Mieterträgen oder Arbeitseinkünften.

Otmar Hasler als Kommissionsmitglied begründete im Landtag nochmals die Systemwidrigkeit der Couponsteuer im neu-

en Steuerrecht und legte dar, wie die Steuerausfälle durch die Abschaffung der Couponsteuer durch die Anhebung des pauschalen Mindestbetrags für Sitz- und Holdinggesellschaften kompensiert werden könnten. Sein Fraktionskollege Dr. Ernst Walch unterstützte ihn mit dem Argument, dass gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine Anpassung der besonderen Gesellschaftsteuern vorgenommen werden könnte, da ein Systemwechsel bei der Besteuerung bevorstehe.

Ungeachtet dieser Argumente beharrte die VU-Fraktion auf ihrer Haltung, vorerst die Couponsteuer als Steuerart beizubehalten. Zum grossen Erstaunen erklärte dann aber VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser, dass die VU-Fraktion eine Motion eingereicht habe, die der Regierung den Auftrag erteilt, nach der Einführung des Steuergesetzes durch die Volksabstimmung die Abschaffung der Couponsteuer vorzuschlagen.

Der Landtag stimmte dem Vorschlag aus der FBP-Fraktion zu

(G.M.) - Künftig werden die Arbeitnehmer einen Lohnsteuer-Rabatt von 4 Prozent (bisher 2 Prozent) für vorausbezahlte Steuern, die direkt vom Arbeitgeber abgezogen werden, erhalten. Der Landtag stimmte einem Vorschlag der drei Abgeordneten Dr. Ernst Walch, Emma Eigenmann und Martin Jehle zu, die angesichts der heutigen Zinssituation eine Anhebung des Lohnsteuer-Rabatts gefordert und mit einem formulierten Gesetzesvorschlag konkret vorgeschlagen hatten.

Der Gesetzesvorschlag der drei FBP-Abgeordneten hat eine kleine Leidenschaft, doch schliesslich konnte die dahinter stehende Absicht zugunsten der Arbeitnehmer, die eine grössere Rückerstattung ihrer zuvor bezahlten Lohnsteuer erhalten, durchgesetzt werden. Als der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch während der letzten Landtagssitzung den Antrag begründete, musste er sich von ver-

schiedenen VU-Abgeordneten verschiedene ungerechtfertigte Vorwürfe anhören. Offenbar wollten sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass sich auch drei FBP-Abgeordnete für die Belange der Arbeitnehmer einsetzen konnten. In sachlicher Hinsicht jedoch, fernab der damals zu vernehmenden Polemik, setzte nicht einmal die Regierung in ihrer Stellungnahme andere Akzente, sondern stellte die sachliche Rechtfertigung des Antrags fest.

In der Landtagsdebatte begründete Dr. Ernst Walch (FBP) am Mittwoch nochmals den Antrag und unterstrich, dass die Erhöhung des Lohnsteuer-Rabatts unbedingt für das Steuerjahr 1989 noch Berücksichtigung finden müsse. Im Gegensatz zur letzten Landtagssitzung zeigte sich die VU-Fraktion, wohl überzeugt durch die Notwendigkeit und durch die Ausführungen im Regierungsbericht, dem FBP-Vorschlag gegenüber aufgeschlossen.

Radio-Versuch an der LIHGA 1990 wurde bewilligt

Weiterhin unterschiedliche medienpolitische Auffassungen zwischen den beiden Fraktionen

(G.M.) - Der Antrag der Regierung zur Erteilung einer befristeten Konzession zur Ausstrahlung eines Radio-Programms während der Liechtensteinischen Industrie-, Handels- und Gewerbeausstellung (LIHGA) wurde gestern nachmittag vom Landtag genehmigt. Während diesen zehn Tagen kann also Radio-LIHGA senden, wie das von der Radio-TV AG in ihrem Gesuch umschrieben worden ist. Im Zusammenhang mit der Erteilung der Bewilligung für diesen Versuch entspann sich im Landtag eine kleine medienpolitische Debatte, in deren Verläufe die unterschiedlichen Auffassungen über die Medienzukunft Liechtensteins erneut kenntlich wurden.

Die Regierung hatte in ihrem Antrag zur Erteilung einer befristeten Sendekonzession auch einen Bericht über das weitere Vorgehen im Bereich von Radio und Fernsehen vorgelegt, in dem klare Vorstellungen über die künftige Marschrichtung aufscheinen. Ungeachtet dieser bereits publizierten Zielsetzungen forderte die VU-Fraktion ein Medienkonzept, da das vorgelegte Medienpapier über die

künftige Ausrichtung der Medienlandschaft offenbar nicht genügend erscheint. VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser erwähnte bei seinen medienpolitischen Ausführungen auch eine Motion, die von der VU-Fraktion im Bereich der Medien eingereicht wurde. Ausserdem legte er die medienpolitischen Zielsetzungen der VU-Fraktion dar, die sich in ihrer Zusammenfassung wie eine Abschrift der bisher publizierten Zielsetzungen und Vorstellungen im Medienbereich ausnehmen. Die allgemeinen Feststellungen, wie ein künftiger Radiosender seine Tätigkeit entfalten sollte, überwiegen vor klaren Akzentsetzungen im Medienbereich. Nach den erwähnten Vorstellungen, die absolut nicht originell oder neu klingen, soll ein «nationales Radio mit regionaler Ausstrahlung» geschaffen werden, das ein «ausgewogenes, interessantes Programm» anbietet, eine «hohe Professionalität» aufweist und durch eine breite Trägerschaft mit hauptsächlich liechtensteinischem Kapital abgestützt wird. Solche Überlegungen finden sich auch in den verschiedenen Papieren, die von der Medienkommission in den letz-

ten Jahren erarbeitet wurden sowie im Medienpapier, das dem Landtag vor zwei Jahren zur Diskussion vorlag.

Diese Aufzählung medienpolitischer Zielsetzungen veranlasste Landtagsvizepräsident Josef Biedermann am Schluss der Debatte zur Feststellung, dass allgemein gültige Aussagen nicht weiter führten, sondern konkrete Vorstellungen über die künftige Gestaltung von Radio und Fernsehen notwendig wären. Vorher hatte er in einer Erklärung ausgeführt, dass sich die Unterschiede zwischen FBP- und VU-Fraktion vor allem in bezug auf die Beteiligung von Staat und Gemeinden sowie hinsichtlich der Radio-Versuche gezeigt hätten. Offenbar hätten aber die Gemeinden, wie die Regierung in ihrem Bericht ausführte, kein grosses Interesse an einer aktiven Beteiligung in programmlicher wie auch finanzieller Hinsicht. Die LIHGA-Versuchsphase gibt nach seinen Worten die Möglichkeit, Radio-Erfahrungen zu sammeln. Hätte die VU schon vor zwei Jahren einer Versuchsphase zugestimmt, dann «wären wir jetzt schon einen Schritt weiter», betonte Josef Biedermann.

nino
Herrenmode
Städtlemarkt
FL 9490 Vaduz · Tel. 075 28110

Ausverkauf
bei
modehaus
hannelore
Jeden Freitag Abendeinkauf bis 20.00 Uhr
im Zentrum Kaufin, Schaan